Nummer 519

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 5 November 1925

Nur durch MANNA es gelingt, daß der Lackschuh nicht mehr springt

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil W. Funk Berlin. Polit. Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales F. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Konglewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat November 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

## Die giftige Waffe der „vertraulichen Informationen"

hat schon viel Unheil und manche falsche Orientierung der Oeffentlichkeit verursacht. In den letzten Wochen ist diese Waffe besonders viel benutzt worden. Jetzt ist es so weit gekommen, daß sogar Reichskanzler und Kabinett persönlich hervortreten und sich zur Wehr setzen müssen. Im Zusammenhang mit Aeußerungen über das Verhalten des bisherigen Reichsinnenministers Schiele werden folgende Erklärungen verbreitet:

### Eine Erklärung des Reichsministers a. D. Schiele.

Im Auftrage des Reichsministers a. D. Schiele wird der Telegraphen-Union folgendes mitgeteilt:

Das „Berliner Tageblatt" versucht trotz der Zurückweisung, die seine Mitteilungen über „Schieles Ja" von amtlicher Seite erfahren haben, diese unter Berufung auf „beste Quellen" aufrechtzuerhalten und bringt heute eine neue „Enthüllung" über Szenen, die sich bei der Verabschiedung des Herrn Reichsministers a. D. Schiele im Reichskabinett abgespielt haben sollen. Diesmal führt es als Quelle den volksparteilichen „Hamburger Korrespondenten" an, der sich für seine Nachricht auf „eigene Informationen" beruft. Es ist festzustellen, daß beide Vorgänge sich in Kabinettssitzungen abgespielt haben sollen, zu denen nur ein ganz beschränkter, feststehender Personenkreis Zutritt hatte. Diese Mitteilungen können also nur auf schwere noch dazu fälschende Indiskretionen eines der Teilnehmer an diesen Sitzungen zurückzuführen sein, die sich angesichts der in der Geschäftsordnung des Reichsministeriums festgelegten Schweigepflicht als unerhörte Amts- und Pflichtverletzungen darstellen müssen. Es muß dem Herrn Reichskanzler überlassen bleiben, welche Schritte er unternehmen will, um die in Betracht kommenden leitenden Reichsbeamten von diesem schweren Verdacht zu reinigen und sich gegen die Wiederholung solcher Vorkommnisse zu schützen. — Nach den Herrn Reichsminister Schiele gewordenen Mitteilungen kann damit gerechnet werden, daß von amtlicher Stelle alsbald alle im Rahmen der gebotenen Wahrung der Vertraulichkeit möglichen Aufklärungen gegeben werden. Bis dahin glaubt Herr Reichsminister Schiele trotz aller Verdächtigungen seinerseits die ihm als früherem Mitglied des Reichskabinetts obliegenden Pflichten nicht verletzen zu dürfen. Er ist gewiß, daß diese Haltung die Zustimmung aller anständig Denkenden finden wird."

### Eine amtliche Erklärung zu den angeblichen Aeußerungen Schieles.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Ueber Aeußerungen des Reichsministers Schiele bei den Besprechungen des Reichskabinetts zum Ergebnis von Locarno sind in einigen Presseorganen ungeachtet der strengen und unbedingt erforderlichen Vertraulichkeit der Kabinettsberatungen unrichtige und irreführende Darstellungen gegeben worden. Da dem aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Minister infolge der Schweigepflicht keine Möglichkeit zur Richtigstellung gegeben ist, soll im vorliegenden Fall aus Gründen der Loyalität amtlich zu den genannten Pressemitteilungen Stellung genommen werden.

Im „Berliner Tageblatt" vom 2. November wird mitgeteilt, der Reichsminister des Innern habe in einer Kabinettsitzung vom 22. Oktober 1925 gesagt: „Wenn ich gefragt werde, ob ich das Werk von Locarno billige, so antworte ich mit einem lauten freudigen Ja." In der Sitzung vom 22. Oktober, deren Ergebnis der inzwischen der Oeffentlichkeit bekanntgegebene Kabinettbeschluß war, ist eine Aeußerung, auf die sich das oben erwähnte Zeitungszitat beziehen könnte, nicht gefallen. Dagegen hat Reichsminister Schiele im Verlauf des Ministerrats vom 19. Oktober, nachdem der Reichsaußenminister zum ersten Male über das Ergebnis von Locarno berichtet hatte, geäußert, er halte es für erforderlich, daß vor einer Billigungserklärung des Reichskabinetts den Ministern Einsicht in die gesamten Unterlagen gegeben werden müsse; er könne aber schon jetzt sagen, daß er mit lautem „Ja" antworten werde, wenn es sich um die allgemeine Billigung der Arbeit der Delegation im Sinne der Richtlinien des Kabinetts handle.

Die Mitteilung des „Hamburgischen Korrespondenten" vom 3. November, Reichsminister Schiele habe bei seinem Abschiede aus dem Kabinett „es auf das tiefste bedauert, daß die Fraktion dem Druck der Heißsporne und unverantwortlichen Landesverbandsvorsitzenden nachgegeben hätte", ist weder dem Wortlaut noch dem Inhalt nach zutreffend.

## Die Parteiführer der Opposition beim Reichskanzler.

Im Anschluß an den Empfang der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung durch den Reichskanzler fanden gestern vormittag Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Parteien statt, die nicht der Regierungskoalition angehören. Zunächst wurde der Abg. Koch-Weser als Vertreter der Demokratischen Reichstagsfraktion empfangen. Seine Erklärungen schlossen sich eng an die gestern mitgeteilte Resolution des demokratischen Parteivorstandes an.

Für die Deutschnationale Reichstagsfraktion war der Fraktionsvorsitzende Graf Westarp erschienen. Ihm berichtete der Reichskanzler über die Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien und über den gegenwärtigen Stand der politischen Lage. Die Besprechung hatte nur informatorischen Charakter.

Den gleichen Verlauf nahm die Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Müller-Franken, Breitscheid und Hilferding. Auch diesen Herren gab der Reichskanzler Informationen über die augenblickliche politische Lage, die noch ergänzt wurden durch Ausführungen des Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der Aufklärung gab über den Fortgang der Verhandlungen mit den anderen Mächten. Die sozialdemokratischen Führer nahmen diese Information entgegen, ohne dazu Stellung zu nehmen; eine Entscheidung wird erst in der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten am Freitag nachmittag erfolgen.

Ueber die Nachmittagssitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags ist noch zu berichten, daß sich die Besprechungen um den eventuellen Wiedereintritt des Reichskanzlers a. D. Wirth in die Reichstagsfraktion drehten. Trotz des von vielen Seiten vertretenen vermittelnden Standpunktes konnte es naturgemäß zu keiner Entscheidung kommen, da Dr. Wirth zurzeit noch nicht in Deutschland anwesend ist; die endgültige Entscheidung dürfte daher erst auf dem Parteitag in Cassel fallen.

### Die vereinigten vaterländischen Verbände gegen Locarno.

**Begründung einer vaterländisch-völkischen Arbeitsgemeinschaft.**

Auf Grund der eingehenden Aussprache in der Vertretertagung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands faßte der Gesamtvorstand zusammen mit „Stahlhelm", „Tannenbergbund" und „Werwolf" einstimmig folgende Entschließung:

„Wir lehnen den Vertrag von Locarno als freiwillige Anerkennung des Diktats von Versailles ab. Unannehmbar ist uns der Verzicht auf deutsches Land und Volk, unannehmbar der Eintritt in den Völkerbund. Locarno ist uns eine Preisgabe deutscher Zukunft und Freiheit, Vergewaltigung der kommenden Geschlechter und völkischer Selbstaufgabe. Wir rufen auf zu einer gemeinsamen nationalen Front gegen die Verewigung von Versailles und für deutsche Ehre und Zukunft."

*

Angesichts der Notzeit der Gegenwart und der Deutschland durch den Vertrag von Locarno drohenden Gefahr haben sich die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands zusammen mit dem „Stahlhelm", „Frontsoldaten" und „Tannenbergbund" zu einer vaterländisch-völkischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

### Painlevés „magere" Erklärung über Locarno.

Die Tel.-Union meldet:

In der Oeffentlichkeit sind vielfach die vorgestrigen Erklärungen Painlevés über Locarno vor der französischen Kammer als recht mager empfunden worden. In politischen Kreisen Berlins weist man aber darauf hin, daß von der Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten ohnehin in dieser Hinsicht nicht viel erwartet wurde. Man verweist auf die Aeußerungen Briands, der wohl in den nächsten Tagen in der Kammer das Wort ergreifen dürfte.

## Stresemanns „tendenziöse Interpretierung".

**Der „Temps" über die Rundfunkrede Stresemanns.**

TU Paris, 4. November.

Der „Temps" sagt in einer Besprechung der gestrigen Rede Stresemanns, man dürfe nicht vergessen, daß die Worte des deutschen Außenministers für ein deutsches Publikum bestimmt gewesen seien. Wahrscheinlich würde Stresemann weniger kategorisch gewesen sein, wenn er es mit einem internationalen Publikum zu tun gehabt hätte. Die Interpretierung gewisser Stellen des Sicherheitspaktes sei stark übertrieben, was sich daraus erkläre, daß Stresemann

**die große Masse des deutschen Volkes um jeden Preis für den Pakt gewinnen möchte.**

Ueber die einzelnen Argumente des deutschen Außenministers lasse sich streiten. Ohne Zweifel seien seine Absichten die besten, was man jedoch nicht von der Wahl der Ausdrücke sagen könne, die ziemlich unglücklich gewesen seien. Leider entstehe hierdurch die Möglichkeit zu Mißverständnissen, die von den Gegnern des Sicherheitspaktes ausgebeutet würden. Das Blatt kommt dann ausführlich auf die Behauptung Stresemanns zurück, wonach Großbritannien Kraft des Artikels 4 im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland dem Reich seine sämtlichen maritimen und militärischen Streitkräfte zur Verfügung stellen müsse. Selbstverständlich gilt die englische Garantie für Deutschland im Falle eines offenkundigen französischen Ueberfalls, weil ohne Gleichheit der Garantie für sämtliche Signatarstaaten die Möglichkeit eines wahren Paktes überhaupt nicht besteht. Da aber ein unprovozierter französischer und belgischer Angriff durchaus unwahrscheinlich ist, gilt die Garantie vor allem für uns, weil für uns die Unterstützung Englands neben dem Fall einer Wiederholung des deutschen Angriffs von 1914 auch dann zugesichert ist, wenn Deutschland flagrante Verstöße gegen die Bestimmungen des Artikels 42 und 43 des Vertrages begeht. Der Text dieses Artikels ist so klar, daß er unmöglich durch eine tendenziöse Interpretierung verfälscht werden kann, und man begreift wirklich nicht, welche mündliche Zusicherungen Chamberlain außerhalb dieses Textes Herrn Stresemann noch geben konnte. Wenn der deutsche Außenminister weiter behauptet, daß den Abmachungen von Locarno der Gedanke zugrundeliegt, daß es keine Sieger im Weltkriege gegeben habe, so möchten wir sagen, daß Stresemann in den Erklärungen der letzten Tage noch andere Ungeschicklichkeiten begangen hat.

Der „Temps" schließt mit dem Hinweis auf die Angaben Stresemanns über die Erleichterungen des Besetzungsregimes und erklärt, daß sie übertrieben seien.

**Die Alliierten behielten sich die völlige Bewegungsfreiheit für ihre Maßnahmen vor,**

die nur im Rahmen des Versailler Vertrages zur Ausführung gelangen würden. Was die Räumung von Köln anlange, so könne Deutschland diese erst an dem Tage beanspruchen, an dem es die Abrüstung vollzogen habe.

### Zur Dresdener Rede Dr. Stresemanns.

TU Berlin, 4. November.

Wie gemeldet, beschäftigte sich der „Evening Standard" mit der Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann beim Jahresessen der Dresdner Kaufmannschaft am 31. Oktober d. J. Der Bericht über diese Rede enthält nur einen sehr kurzen Auszug der vom Außenminister gemachten Ausführungen. Nach der „Täglichen Rundschau" lautet der in der englischen Kritik hervorgehobene Passus der Dresdner Rede des Ministers im tatsächlichen Wortlaut folgendermaßen: „Der Sicherheitspakt wird von der deutschen Oeffentlichkeit oft nur als Garantie für die französische Sicherheit und als deutscher Verzicht hingestellt. Diese Auffassung wird der Sachlage nicht gerecht. Wenn der englische Außenminister auf der Konferenz von Locarno erklärte, daß Englands Gesamtmacht im Falle eines unprovozierten Konflikts dem angegriffenen Teil zur Verfügung stände, so bedeutet das, daß diese Garantie auch Deutschland zur Verfügung stehe, wenn Frankreich unprovoziert die deutsche Grenze überschreitet und in Deutschland einmarschiert.

### Vor der Ernennung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete.

Mtb. Berlin, 4. November.

Wie das Mtb.-Bureau von gut unterrichteter Seite erfährt, sind die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung über die Wiedereinsetzung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete so gut wie abgeschlossen. Als Reichskommissar soll der derzeitige deutsche Botschafter in Madrid, Freiherr von Langwerth-Simmern, in Aussicht genommen sein. Der Sitz des Reichskommissariats wird wieder Koblenz sein. Der Reichskommissar wird, wie wir weiter erfahren, im wesentlichen denselben Stab von Beamten und Mitarbeitern erhalten, der bereits früher zum Reichskommissariat gehörte. Viele Aufgaben, die das Ministerium für die besetzten Gebiete als zentrale Instanz augenblicklich erledigt, dürften daher in Zukunft wieder, wie es früher der Fall war, dem Reichskommissariat für die besetzten Gebiete zugewiesen werden.

### Rakowsky über das Locarno-Abkommen.

London, 4. November.

Der Pariser Botschafter der Sowjet-Union, Rakowsky, erklärte in einer Unterredung mit einem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian", es beständen keine formalen Widersprüche zwischen dem Abkommen von Locarno und denen von Rapallo. Das Rapalloabkommen hätte der Beginn einer innigeren politischen und wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrußland sein können. Da aber Deutschland sich jetzt durch engere Verpflichtungen zu einer anderen Mächtegruppe gebunden habe, entstehe natürlich die Frage, welchen Einfluß dies auf die deutsch-russischen Beziehungen haben könne. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß die Beziehungen zwischen Staaten nicht nur durch Vertragsformeln bedingt werden, sondern durch die tatsächlichen Interessen, die sie verbänden. Wenn die Anwendung des Locarnoabkommens in Zukunft ausschließlich von Deutschland abhänge, so könne wohl angenommen werden, daß es in keiner Weise die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland beeinflussen werde, aber tatsächlich werde die „Politik, die Deutschland gezwungen sein wird, uns gegenüber zu verfolgen", nicht nur vom eigenen guten Willen Deutschlands abhängen.

Rakowsky erklärte außerdem, die Sowjetregierung sehe keineswegs die asiatische Frage als ein unüberwindliches Hindernis an für die Schaffung vollkommen normaler Beziehungen mit Großbritannien. Natürlich könne die Lösung einer solch wichtigen Frage wie der asiatischen nur der Kulminationspunkt der Lösung der übrigen leichter zu lösenden Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern sein.

### Geheimrat von Borsig über den deutsch-russischen Handelsvertrag.

O.E. Moskau, 3. November.

Geheimrat Conrad von Borsig gewährte dem Berliner Vertreter der „Ekonomitscheskaja Shisn" eine längere Unterredung über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Der Vertrag, so erklärte Herr von Borsig, sei ein guter Anfang für die kommenden engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Wirtschaftsbelebung schreite in Rußland zweifellos schnell fort, was sich vor allem im raschen Wachsen der landwirtschaftlichen Produktion bemerkbar mache. Deutschland komme bei der Suche nach Absatzmärkten das wirtschaftliche Erstarken Rußlands sehr gelegen. Allerdings könne er nicht sagen, daß der Vertrag Deutschland eine genügende Handlungsfreiheit für die intensive Erweiterung seines Warenabsatzes in Rußland gewähre. Er verstehe aber, daß Rußland an dem

**Lesen Sie**
**in der heutigen Beilage:**
**Aus den Erinnerungen eines deutschen Spionageabwehragenten!**

Hamburg—Berlin
Steinway & Sons
Flügel Pianinos
Selbstspielende: Steinway-Welte
New York—London